



## Mit Zuversicht in die Zukunft

### Wahlergebnisse sind Ermutigung für Linkspartei

„Der 26. März war ein guter Tag für die Linkspartei. Sowohl die Ergebnisse bei den Landtagswahlen in den drei Bundesländern Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz als auch die Kommunalwahl in Hessen geben Hoffnung für die Linkspartei und den Parteibildungsprozess“, sagte der Bundesvorsitzende der Linkspartei Lothar Bisky.

In Sachsen-Anhalt erreichte die Linkspartei PDS 24,1 Prozent und wurde damit zweitstärkste Partei vor der SPD, die nur auf 21,4 Prozent kam. Bisky führte das gute Ergebnis auch darauf zurück, dass mit Wulf Gallert ein eigener Ministerpräsidentenkandidat aufgestellt wurde.

Die Wählerinnen und Wähler hätten den Gestaltungsanspruch honoriert und der Linkspartei PDS zu ihrem besten Ergebnis in Sachsen-Anhalt verholfen. Trotz der 26 Abgeordneten im Landtag wird die Linkspartei.PDS woll weiter in der Opposition

bleiben, denn die SPD folgt dem Modell der

Bundesregierung und bevorzugt die CDU als Partner, die ihr Ergebnis von vor vier Jahren fast halten konnte. Sie erreichte 36,2 Prozent. Aber durch die großen Verluste der FDP, die ihr Ergebnis fast halbiert hat, reicht es nicht mehr für eine schwarz-gelbe Regierung.

In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz konnte die Linkspartei unter Federführung der WASG 3,1 Prozent, beziehungsweise 2,5 Prozent, verbuchen. Das reicht zwar nicht

für den Einzug in einen der beiden Landtage, ist jedoch gemessen daran, dass für die PDS solche Resultate bislang unerreichbar waren, ein Achtungserfolg.

Als Erfolg für die Linkspartei können ebenfalls die Ergebnisse bei den Kommunalwahlen in Hessen gewertet werden. In etlichen Großstädten lagen die Resultate über der Fünf-Prozent-Hürde. RK.



Wulf Gallert, Ministerpräsidentenkandidat der Linkspartei in Sachsen-Anhalt



Wahlplakat der Linkspartei in Rheinland-Pfalz

### Sonst noch in dieser Ausgabe

- in der SVV kurz notiert
- in der Bundespolitik vorbei geschaut
- Interview mit Hans Peter Schömmel zum Europacamp 2006 im Land Brandenburg



## Vorlage zur Förderschule zurückgezogen

### Hitzige Debatte in der Stadtverordnetenversammlung

Schon vor der Sitzung des Stadtparlaments am Mittwoch dem 29. März war klar, dass der Umzug der Förderschule vom Marienberg in die Heine-Schule das Thema mit dem meisten Diskussionsbedarf sein würde.

So kam es dann auch. Die Verwaltung in Person von der Sozial-Beigeordneten Frau Hübner (Linkspartei.PDS) kämpfte für ihren Vorschlag um eine Mehrheit.

Sie führte aus, dass zwei Architekturbüros unabhängig voneinander die Machbarkeit des Projekts für ca. 1,8 - 2. Mio. Euro festgestellt haben. Nach ihren Aussagen bietet die Heine-Schule gute Voraussetzungen für eine Förderschule. Beispielsweise bietet der Schulhof das „5-fache an Fläche, welche das MBJS (Ministerium für Jugend, Schule und Sport) für Förderschulen vorschreibt“.

Nach Birgit Hübner kritisierte Christian Griebel (FDP), dass es keine Varianten zum Abwägen gegeben habe.

Auch die SPD signalisierte, dass sie der Vorlage nicht zustimmen werde. Daran konnte auch die engagierte Rede von Elisabeth Scholz (Linke.PDS) nichts ändern. Sie kritisierte den Populismus und die mangelnde Offenheit in der Auseinandersetzung. Darauf sprach Petra Faderl (Linke.PDS) von mangelnder Abwägungsmöglichkeit, da noch nicht alle Alternativen geprüft seien.

Als Herr Paaschen (CDU) mitteilte, dass seine Fraktion nicht zustimmen werde, denn es sei nicht „erkennbar wohin die Reise geht, viele verstehen die Vorlage nicht“, war die Überraschung groß. Darauf hin zog die Oberbürgermeisterin die Vorlage zurück.

Nach der Sitzung brachte Alfredo Förster (Fraktionsvorsitzender Linke.PDS) seine Überraschung zum Ausdruck: „Es bestand offenbar überraschend die Gefahr, dass eine Mehrheit für die Vorlage in der SVV nicht zu erzielen sei“.

Die Fraktion der Linkspartei hatte bereits vor zwei Wochen erklärt, dass die Mehrheit ihrer Mitglieder der Vorlage zustimmen würde. Deswegen hatte für Herrn Förster die „Unberechenbarkeit der Abstimmung eine andere Ursache“. RK.

## Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen

### Stadt schließt sich der Initiative zur Errichtung eines Naturparks Mittlere Havel an

Am Mittwoch dem 29. März kam es zu einem besonderen Ereignis in unserer SVV (Stadtverordnetenversammlung). Ein Antrag aller Fraktionen zur Einrichtung eines Naturparks.

In diesem heißt es: „Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, zusammen mit dem Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, den Gemeinden Kloster Lehnin und Groß Kreutz (Havel), der Stadt Ketzin und dem Förderverein Mittlere Havel die Errichtung des Naturparks vorzubereiten“. In der recht kurzen Debatte zu diesem Antrag sagte Herr Holzschuher er „freute sich sehr das es zu diesem Thema keine Parteipolitischen Streitigkeiten gab“.

Wir werden sehen ob diese Einmütigkeit auch in anderen Belangen um sich greift. Manchmal wäre es ja zu wünschen. RK.

## Anke Nitsch verläßt Brandenburg

### Ein Mandat mehr für die SPD

Anke Nitsch (Fraktions- und parteilos), die ursprünglich einmal für die SPD in die Stadtverordnetenversammlung einzog, ließ schriftlich in der SVV verkünden, dass sie ihren Wohnsitz von Brandenburg nach Mayen (Rheinland-Pfalz) verlegt hat.

Die stellvertretende Vorsitzende der SVV begründete dies damit, dass ihr Mann schon seit einiger Zeit dort arbeitet. Sie selbst hat seit kurzem eine Stelle in Mayen angenommen, denn das „Leben mit der Familie sei wichtiger als das Ehrenamt“.

Da Frau Nitsch einmal für die SPD in die SVV einzog, fällt durch ihr Ausscheiden der Sitz an die SPD zurück. Anscheinend ist man sich aber noch nicht darüber im Klaren, wer denn den neuen Platz einnimmt, so war zumindest der „Märkischen Allgemeinen“ zu entnehmen. Anscheinend wird es sich zwischen Hubert Borns und Mariane Rehda entscheiden. Mit dem zusätzlichen Mandat wird die SPD in Zukunft noch 11 Sitze in der SVV haben. RK.

# Mehrwertsteuererhöhung ohne Linke

## Linkspartei wird im Bundesrat nicht zustimmen

Die Linke lehnt die von der Bundesregierung geplante und von der CDU und SPD in den Ländern unterstützte Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent ab, „denn wir halten diese Steuererhöhung nicht nur für wirtschaftsschädlich wie die FDP, sondern vor allem auch für unsozial“.

Dies erklärten Wulff Gallert (Spitzenkandidat der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt), Wolfgang Methling (stellv. Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommern) und der Bürgermeister von Berlin Harald Wolf.

„Diese indirekte Steuer trifft alle Verbraucherinnen und Verbraucher, aber die gering Verdienenden im Verhältnis härter als diejenigen mit hohem Einkommen. Bei den Geringverdienern geht praktisch das gesamte Einkommen in den Konsum. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wird diese Einkommen weiter schmälern“ dies sei die position der Linkspartei.

„Deshalb werde die Sie dort, wo sie an den Landesregierungen beteiligt ist, der Mehrwertsteuererhöhung im Bundesrat nicht zustimmen“. RK.

## Gemeinsames Projekt kann fortgeführt werden

### WASG-Urabstimmung mit Mehrheit für Fortführung des Fusionsprozesses

Die Vereinigung von Linkspartei und Wahlalter-native Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) ist ein großes Stück vorangekommen. Die WASG-Mitglieder votierten in einer Urabstimmung mit großer Mehrheit für eine solche Fusion.

WASG-Vorstand Thomas Händel sagte am Sonntag, dem 2. April, 78,3 Prozent hätten mit Ja gestimmt, 19,4 mit nein. Hinzu kämen einige Enthaltungen und ungültige Stimmen.

Das nächste Etappenziel auf dem Weg zu einer gemeinsamen Linkspartei sind die gleichzeitigen Parteitage beider Parteien Ende April.

Die Beteiligung an der Urabstimmung blieb mit insgesamt 6745 von 11783 Mitgliedern hinter

den Erwartungen zurück. Das entspricht 57 Prozent der WASG-Mitglieder. Der WASG-Bundesvorstand zeigte sich mit dem Ergebnis zufrieden, obwohl er mit einer größeren Beteiligung gerechnet hatte.

Mit dem Ergebnis der Urabstimmung kann die Fusion, die beide Parteien Ende vergangenen Jahres bis 2007 vereinbart haben, fortgesetzt werden.

Die Linkspartei begrüßte das Ergebnis der Urabstimmung bei der WASG.

Der Vorsitzende Lothar Bisky sagte in Berlin, das linke Parteiprojekt sei damit auf einem guten Weg. „Ich möchte möglichst viele von denen, die eine neue linke Partei wollen, aber noch Fragen haben, für das gemeinsame

Projekt gewinnen. Eine gemeinsame Steuerungsgruppe werde über weitere Schritte beraten. RK.



Beim Arbeitseinsatz in der neuen Geschäftsstelle  
Die Linke Jugend, BO-INN und die WASG

# Europacamp 2006

## „Wir sind Teil der Europäischen Linken“

Interview mit Hans Peter Schömmel zum diesjährigen Europacamp im Land Brandenburg.

Frage: Gen. Schömmel, bei deiner Wahl als Mitglied des Landesvorstandes begründetest du deine Kandidatur mit der Aufgabenstellung bezüglich der neuen Europäischen Linkspartei (EL) und den bisherigen Aktivitäten unseres Landesverbandes auf diesem Gebiet. Wie weit hat sich dieses Projekt entwickelt?

Antwort: Das Europacamp 2006 in Brandenburg ist ein sichtbares Zeichen für den erreichten Arbeitsstand. Die Europäische Linkspartei muss durch und mit der Basis der sozialistischen und kommunistischen Parteien in Europa wachsen. Das soll mit dieser Veranstaltung vom 25.05.06 bis zum 28.05.06 in Petzow bei Potsdam sichtbar werden.

Frage: Welche Linken aus Europa nehmen daran teil?

Antwort: Ich hoffe natürlich auf ein großes Interesse unserer Mitglieder, die sich für das Entstehen einer gemeinsamen starken Linken in Europa interessieren.

Wir freuen uns besonders, dass sich eine starke Delegation der KSCM angesagt hat sowie GenossInnen aus Frankreich, Polen und der Slowakei teilnehmen.

Frage: Was erwartet denn die Gäste am ersten Tag, dem 25.05.06, der ja Feiertag in Brandenburg ist?

Antwort: Ein erster Höhepunkt ist der politische Markt, den wir ins Programm aufgenommen haben und der ja auch lukullische Genüsse bieten wird. Des Weiteren werden die „Samba Kids“ aus Berlin ab 14.00 Uhr zur Eröffnung des Camps für die nötige Stimmung sorgen. Es gibt Diskussionsrunden zu politischen Themen, touristische Angebote

und am Abend wird es ein Chansonabend mit der französischen Genossin „Mariella“, Diether Dehm, Frank Hammer und Günter Düring geben. Ein zünftiges Lagerfeuer wird der Abschluss des ersten Tages sein.

Das Programm, das man auch in der Geschäftsstelle abfordern kann, bietet an den anderen Tagen noch eine Vielzahl von politischen und touristischen Aktivitäten bis hin zu einer Fahrrad-Demo durch Potsdam am 27.05.06.

Frage: Wie kann man sich zum Europacamp noch anmelden?

In diesem Jahr kann man sowohl die Dauer der Teilnahme als auch den Versorgungsgrad auswählen. Außerdem haben wir für Hartz-IV-Betroffene die Möglichkeit geschaffen, eine Kostenübernahme für einzelne Leistungen zu ermöglichen. Die Kostenübernahme wird aus Spenden unserer GenossInnen finanziert.

Eine Übernachtung kostet 14,00 Euro plus einmaliger Gebühr für die Bettwäsche von 3,30 Euro. Anmelden kann man sich über das Internet

unter [www.sfelr.im-osten.de](http://www.sfelr.im-osten.de) oder auch über die Geschäftsstelle des Landesverbandes bis zum 20.05.06.

Frage: Welche aktuelle Entwicklung gibt es in der internationalen Arbeit unseres Landesverbandes?

Antwort: Wir wünschen uns natürlich, dass alle Kreisverbände unseres Landesverbandes ihre Partnerschaften und Kontakte mit anderen Linken Europas aktivieren und mit uns an solchen Projekten arbeiten.

Gegenwärtig wird eine neue Rahmenvereinbarung zur internationalen Arbeit vorbereitet und mit den Partnern abgestimmt. Die Unterzeichnung soll am 22.04.06 im Europahaus in Kolberg/KW durch unseren Landesvorsitzenden erfolgen.

Für Mitglieder der EL, die nicht der Linken.PDS angehören, werden wir die Bildung eines Freundeskreises der EL in Brandenburg unterstützen.

Vielen Dank !



Hans Peter Schömmel ist Mitglied im Landesvorstand Brandenburg der Linkspartei und Leiter der „LAG Internationale Arbeit“.

# Zum Nachdenken angeregt

## Besuch einer Ausstellung über Opfer von rechten Gewalttaten

Im zukünftigen Bürgerhaus Hohenstücken zeigte die „Opferperspektive“ im Februar in Zusammenarbeit mit der Stadt Brandenburg eine Ausstellung über Opfer rechtsradikaler Gewalttaten.

Der Besuch dieser Ausstellung war bewegend, aber auch beunruhigend.

Die Ausstellung basiert auf öffentlich zugänglichen Informationen, vor allem Zeitungsartikeln. Sie dokumentiert das Bild, das sich die Gesellschaft

von den Opfern rechter Gewalt gemacht hat: Manche Fälle führten zu öffentlicher Empörung oder waren Anlässe politischer Kontroversen; von vielen der Toten jedoch wurde nie ein Foto veröffentlicht, von manchen noch nicht einmal ihre Namen. »Den Opfern einen Namen geben« wollten die beiden Tageszeitungen »Frankfurter Rundschau«, und *Der Tagesspiegel*, als sie am 14. September 2000 eine Chronik von 93 Opfern rechter Gewalt seit 1990 veröffentlichten. Auf diese Chronik greift die Ausstellung maßgeblich – nicht ausschließlich – zurück.

Muss ich, weil ich linke Ansichten vertrete und

## Deutschland wird arm

Pressemeldungen entnahm man, dass Deutschland offensichtlich verarmt. Auf der Liste der reichsten Menschen der Welt gibt es unter den ersten 10 keinen Deutschen, erst auf Platz 13 rangiert der Inhaber der Aldi-Kette.

Aber auch beim Verarmen scheint Potsdam eine Ausnahme zu bilden. Immerhin eröffnet dort im Herbst eine Nobel-Kita ihre Pforten – mit Sauna, Steichelzoo und Bodygard als Hausmeister. Bis zu 1000 Euro im Monat sind dort für ein Kind zu zahlen, so konnte man der Presse entnehmen. Dann sollte man sich aber gleich Gedanken über eine Privatschule machen, in die diese Kita-Kinder später gehen. Die Familie kann es ja zahlen. Und dann

auch noch durch meine Behinderung mit meinem Aussehen nicht der Norm entspreche, Angst haben, zukünftig allein auf die Straße zu gehen?

Es ist sicherlich auch kein Zufall, dass besonders viele dieser Gewalttaten in den neuen Bundesländern geschehen. Das Land Brandenburg steht in dieser traurigen Liste an der Spitze. Hier bleibt uns die Frage „Warum“ nicht erspart. In wie weit hat die Politik hier versagt? Was geht in den Köpfen dieser meist jungen Leute vor?

Meines Erachtens sind hier Politik und Gesellschaft in der Pflicht, Voraussetzungen zu schaffen, damit Jugendliche in unserer Gesellschaft eine Perspektive haben und sich nicht als Außenseiter und Versager fühlen.

Diese Ausstellung hat hoffentlich einen Beitrag dazu geleistet, dieses brisante

Thema öffentlich zu machen und Menschen zum Nachdenken anzuregen K. Huch

### Die Opferperspektive...

ist ein in Potsdam ansässiger gemeinnütziger Verein, der sich für Opfer rechter Gewalt einsetzt. Sie recherchiert und erfasst systematisch Fälle rechter Gewalttaten im Land Brandenburg. Sie veröffentlicht fortlaufend eine Chronologie rechter Gewalttaten sowie Statistiken und Analysen über die Entwicklung rechter Gewalt.

Gegründet wurde die Opferperspektive 1998 von antifaschistischen AktivistInnen, die dem Verharmlosen und Verschweigen von Rechtsextremismus die praktische Solidarität mit den Opfern entgegensetzten. Aus dieser Initiative entstand mit dem Verein Opferperspektive e.V. im Jahr 2000 die erste Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Deutschland.

kommen diese lieben Kleinen wenigstens nicht mit den Kindern von Hartz-IV-Beziehern, Wachleuten, Frisören und ähnlichen Leuten zusammen.

Für die zukünftigen Rentner gibt es auch schlechte Nachrichten. Bundesarbeitsminister Franz Müntefering verkündete, dass die „Eckrente“ für sie um 330 Euro niedriger sein wird als 1995 von Norbert Blüm prognostiziert und lediglich bei 1180 Euro monatlich liegt.

Nun würden sich die Geringverdiener bei uns schon über einen Monatslohn in dieser Höhe freuen, aber das ist nicht einmal bei 220 Stunden möglich. Welche Rente haben sie später zu erwarten?

Edith Altenkirch

# „Die Tafel“ erleichtert mein Leben

Ich bin 23 Jahre alt und lebe seit dem 18. Lebensjahr von Sozialhilfe und später dann von Hartz IV. Worauf ich keineswegs stolz bin, es jedoch bis heute keinen Ausweg aus dieser Situation gibt. Vom Beginn der Einführung der Tafel bis zum heutigen Tag war die Tafel für mich immer eine sehr hilfreiche Einrichtung.

Ich selbst gehe 2 mal in der Woche zur Tafel in der Grünen Ave 6 im Kreisverband des DRK Brandenburg. Als alleinstehende Person darf ich immer dienstags und donnerstags ab 10.30 dort sein, dann werden die Lose gezogen, wer wann an die Reihe kommt! Um Unordnung und Unruhe bei der Ausgabe der Lebensmittel zu vermeiden, werden ab 10.30Uhr Lose gezogen, auf den jeweils eine Zahl zwischen 1 und 100 steht. Sind alle Lose gezogen werden die Nummern der Reihenfolge nach aufgerufen. Manchmal finde ich

das sehr anstrengend, besonders bei schlechtem Wetter. Bin ich dann endlich an der Reihe, muss ich immer 2 Plastiktüten, meinen Tafelausweis und 50 Cent bei der Bedienung abgeben, denn soviel kostet der Einkauf.

## Die Brandenburger Tafel e.V.

Am 1. Oktober 1997 hat sich die Brandenburger Tafel gegründet. Die ehrenamtlichen Helfer engagieren sich als Spendensammler. Sie suchen Lebensmittelhändler und Unternehmen in Brandenburg a. d. Havel und Umgebung, die bereit sind, überzählige, aber noch verwertbare Lebensmittel abzugeben. Außerdem organisieren sie die Übernahme und den Transport an soziale Einrichtungen (z.B. Abhängigenhilfe, Arbeitslosenzentrum, Frauenhaus, Kinder- und Jugendeinrichtungen) zur Weiterleitung an Bedürftige. Für fragen und Spenden wenden sie sich bitte an Brandenburger Tafel e.V., Frau Lieselotte Brotzart, Grüne Ave 6, 14776 Brandenburg/Ha-

Ich treffe jedes Mal viele Hartz-IV-Empfänger aber auch viele Immigranten, wodurch wiederum viele soziale Kontakte entstehen. Bevor ich bei der Tafel einkaufen konnte, musste ich einen Familienpass beantragen.

Mit diesem Pass und meinem Personalausweis musste ich dann zur Tafel und meinen Tafelausweis beantragen, denn ohne

Familienpass gibt's keinen Tafelausweis! Ohne die Tafel wäre das Überleben in der Heutigen Gesellschaft und ihrer Marktwirtschaft sehr schwierig.  
Tim Badosz

## Zu Gast bei Familie Wichterei

Eine Parteiveranstaltung anderer Art begingen acht interessierte Genossen der BO-Görden 1 am 01.02.06. Genosse Wichterei und Frau hatten zu einem musikalisch-literarischen Nachmittag eingeladen.

Während Kaffee und Kuchen verkostet wurden, entwickelte sich eine herzliche Unterhaltung, in der private und parteiliche Informationen ausgetauscht wurden.

Im Anschluss erläuterte Genosse Wichterei, dass Kunst und Kultur auch in der Parteilarbeit eine wichtige Funktion ausüben. Besonders das gemeinsame Erleben weckt Emotionen und setzt Gedanken frei.

Genosse Wichterei wies zu Beginn auf die Entwicklung der Jüdischen Gemeinde in unserer Stadt hin. Mit dem sich entwickelnden jüdischen Glauben und dem geistig-kulturellen Leben der

Gemeinde ergibt sich die Chance für uns, auch daran teilzunehmen.

Im literarischen-musikalischen Teil des Nachmittags wurde eine CD vorgestellt, die sowohl sprachlich wie musikalisch Emotionen weckte und bei allen großen Anklang fand.

Im Mittelpunkt stand das Leben, Leiden und Sterben eines Juden stellvertretend für Millionen andere. Musik und Gesang spiegelten sich in heiteren und lebensbejahenden, melancholisch-tragenden und klagend-leidvollen Melodien wider. Eine exzellente Erzählweise vervollständigte diese CD. Die Schlussfolgerung aus diesem Nachmittag war, dass ähnliche Veranstaltungen wie Buchbesprechungen, Filmdiskussionen u.a. weiterhin Bestandteil unserer Parteilarbeit sein sollten.

BO Görden 1

Alfons Wichterei

## Leserbriefe

# Oder auf gut deutsch: dumm bleiben

Und ich dachte immer...

Der Nutzen der Bildung sollte vor allem der Gesellschaft dienen, die sie schafft.

Dies allein schon deswegen, weil für das Verständnis der eigenen Gesellschaft und ihrer Zusammenhänge mit der Welt ein gewisses Ausmaß an Wissen und Denkvermögen unumgänglich ist.

Bildung darf nicht zum verlängerten Arm der Wirtschaft mit ihrem Bedarf an Fachidioten werden. Wie sonst ist es erklärlich, dass z.B. ein nicht unbeträchtlicher Teil unserer so genannten „Eliten“ an den Lippen eines Prof. Sinn hängt, dessen Thesen jeder Vernunft Hohn sprechen?

Dass die Eliten die Initiative Neue Marktwirtschaft bevölkern – wo nachweislich mit realitätsferner Propaganda hantiert wird ...

Ich denke, die Bildungslage im Lande ist auch deswegen so dramatisch, weil uns allen aus unseren Medien Tag für Tag ein ungeheures Maß an Dummheit und Anpassungsdruck entgegenschwappt...

Doch unabhängiges Denk- und Urteilsvermögen sowie Zivilcourage stehen lange schon nicht mehr auf dem Bildungsplan.

Bildung lässt sich nun mal nicht direkt umrechnen,

aber Bildung formt und prägt die Gesellschaft, und die entwickelt dann entsprechende Leistung oder eben auch nicht. In Zukunft mehr als je zuvor wird jene Gesellschaft die konkurrenzfähigste sein, die es versteht die beste Voraussetzung zur breiten Nutzung ihrer kollektiven Intelligenz zu schaffen.

Angesichts unserer heutigen Verhältnisse kommt man wohl kaum umhin zu erkennen, dass da bei uns vor 20 Jahren und mehr gewaltige Fehler gemacht worden sein müssen. Der größte Fortschritt wäre, Geist und Intellekt der Menschen aus der Erstarrung zu erlösen, die sich durch dauernde Anbetung des Gottes Mammon einstellt. Wer hier mit Bildung als den großen Erlöser aus der Wachstumskrise kokettiert, macht vor allem eines: er manifestiert die gegenwärtigen ungunstigen Verhältnisse. Bildung ist keine Mangelware, Bildung wird gezüchtet. Deutschland braucht nicht viele gebildete Bürger mehr.

Für 1-EURO-Jobs kann man auch 6- oder 8-Klassen-Bildung haben.

Wichtig ist im derzeitigen Kapitalismus nur eins: die Bürger durchschauen das System nicht und erfreuen sich an 1-EURO-Jobs.

A.Grabowski

# Liebe Organisatoren der Montagsdemo, liebe Teilnehmer!

Unsere Mitglieder des Kreisverbandes der WASG – Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit sind regelmäßige Teilnehmer an der Montagsdemo gegen Hartz IV in unserer Havelstadt. Mit unserem Grußwort möchten wir bekunden, das wir weiterhin an eurer Seite gegen soziale Ungerechtigkeit demonstrieren werden. Wir kämpfen gemeinsam mit Euch und allen Bündnispartnern für die Abschaffung des Hartz-IV-Gesetzes.

Die Losung „Hartz IV ist Armut per Gesetz“ wird jedem Bundesbürger immer mehr verdeutlicht.

CDU und SPD treiben es auf die Spitze. Die somit geschaffene und proklamierte Diffamierung unserer Bürger verletzt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Herr Müntefering sieht sich als Sozialdemokrat und ist doch nur ein Erfüllungsgehilfe des Kapi-

tals. Auf Schmusekurs mit Frau Merkel und den Industriebossen hat er seine, vor den Wahlen proklamierte „Heuschreckentheorie“ schnell über Bord geworfen.

Die Regierung sollte nach unserer Meinung einen Grundkurs „Studium des Grundgesetzes“ belegen und endlich ihren Amtseid erfüllen.

Wir haben uns die Begriffe „Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ in unseren Parteianamen geschrieben und sehen dieses als Verpflichtung und programmatisches Ziel an.

Mit diesem Grußwort wollen wir dokumentieren, dass wir auch künftig an eurer Seite streiten und demonstrieren werden.

Kreisverband der WASG Brandenburg an der Havel



**2.07.2006**  
**10 - 19 Uhr**

Sehr geehrte Damen und Herren,

schon das 4. Jahr führen wir anlässlich des Internationalen Kindertages auf dem Gelände des Waldcafe Görden ein Kinder- und Familienfest durch. Sie könnten uns helfen zum Gelingen beizutragen, indem Sie uns mit Preisen, Spielsachen, Süßigkeiten und Spenden unterstützen würden.

Veranstalter sind die Volkssolidaritätsgruppen 1-4 des Görden, die Initiativgruppe Görden. Die BO Görden 1 des Stadtverbandes der Linkspartei.PDS in Brandenburg.

Herzlichen Dank

*Wir gratulieren allen unseren  
Genossinnen und Genossen, die im  
Monat April Geburtstag haben,  
besonders unseren Jubilaren  
04.04. Klaus Libenow 70 Jahre  
19.04. Gerhard Krüger 80 Jahre*



## Öffnungszeiten

Montag	9-17 Uhr
Dienstag	9-17 Uhr
Mittwoch	9-13 Uhr
Donnerstag	9-17 Uhr

Linke.PDS-Geschäftsstelle  
Hauptstraße 48  
14776 Brandenburg

Tel.: 0 33 81 - 22 47 33

Fax: 0 33 81 - 22 99 61

Internet: [www.linkspartei-pds-stadt-brb.de](http://www.linkspartei-pds-stadt-brb.de)

E-Mail: [info@linkspartei-pds-stadt-brb.de](mailto:info@linkspartei-pds-stadt-brb.de)

Selber entscheiden und selber mitmachen!  
Als Mitglied der Linkspartei.

Denn nur eine starke Partei kann sich  
stark machen!!!

Im Internet unter [www.sozialisten.de](http://www.sozialisten.de)  
oder in der Geschäftsstelle Hauptstraße 48,  
14776 Brandenburg,  
telefonisch 03381/22 47 33



## Impressum

Herausgeber: Linke.PDS-Stadtverband Brandenburg

Verantw. i.s.d.P.: Silvia Hauffe

Redaktion der Havelbrandung unter Leitung von René Kretzschmar

Anschrift: Hauptstraße 48, 14776 Brandenburg

email: [info@linkspartei-pds-stadt-brb.de](mailto:info@linkspartei-pds-stadt-brb.de)

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss

24. April 2006